

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Bessere Feedback-Kultur statt „Spickmich“

- Fragt doch mal die Schüler!

Nicht nur G8-Kinder sind überlastet

- Ständiger Überdruck lähmt das Denken

Schule braucht mehr gute Lehrer

- Der Kuchen muss größer werden

Bildung als Wirtschaftsfaktor

- Was wäre, wenn das Land die Schulen schließt?

Landeselternbeirat fordert zusätzliche Stunden

- Förderung von Kindern ist keine Kür

Mit Klippert durchs Schuljahr

- Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur

Die neu gewählten Mitglieder stellen sich vor

- Der 15. Landeselternbeirat

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Fragt doch mal die Schüler!	3	Anpiff im Netz	14
Ständiger Überdruck lähmt das Denken.	4	Der 15. Landeselternbeirat	15
Der Kuchen muss größer werden.	5	Der Vorstand des 15. LEB	15
Was wäre, wenn das Land die Schulen schließt?	6	Mitglieder des 15. LEB und ihre Arbeitsschwerpunkte	16
Förderung von Kindern ist keine Kür	8	Deutscher Nachwuchs ist vergleichsweise alt	23
Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur	9	Hochschule aktuell	
Schulentwicklung im Schwabenland	11	Nicht nur die Abinote ist ausschlaggebend	24
Ein Schwabe steht jetzt an der Spitze	13	Bologna in den Kinderschuhen	26
Das Vorurteil vom hochbegabten Problemkind.	14	Wir brauchen ein stärkeres BAföG.	27



Christiane Staab,
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

„Waren Sie mit unserem Service zufrieden?“ „Hat Ihnen das Essen geschmeckt?“ „Würden Sie unser Produkt wieder kaufen?“ – Alltägliche Fragen, die uns in Schriftform oder aus dem Mund einer netten Verkäuferin überall begegnen. Gerne füllen wir auch kleine Fragebögen im Hotel oder bei IKEA aus, um der Serviceabteilung zu helfen, den Betrieb aus Kundensicht zu optimieren. Heute rief ein Verlag an und wollte wissen, ob er mir für meine pferdebegeisterte Tochter eine Ponyzeitschrift zur Probe mit umfangreicher Zufriedenheitsabfrage zusenden darf. Vor kurzem bekam ich zum ersten Mal in meiner Schulmutter-Karriere einen Fragebogen, in dem ich zu einem bestimmten Untersuchungsgegenstand im Rahmen der Selbstevaluation der Schule meiner Zufriedenheit/Unzufriedenheit Ausdruck verleihen konnte. Zum ersten Mal hatte ich das Gefühl, dass nun konsequent die Ära der Qualitätsentwicklung eingeleitet wurde. Das ist Neuland und immer noch mit vielen Ängsten seitens der Lehrerschaft verbunden. Was für die Kinder und die Eltern das tägliche „Schul“brot ist, nämlich vom Lehrer im Unterricht oder beim Elterngespräch/Elternabend bewertet und benotet zu werden, sollte auch für die Lehrer selbstverständlich werden. Unterrichtsqualität, Fachlichkeit und Persönlichkeit des Lehrers können nur weiter verbessert und optimiert werden, wenn regelmäßiger Austausch über genau diese Faktoren stattfindet.

Unabdingbar sind hierzu anonyme Fragebögen als Evaluationsinstrument von Schülern an Lehrer, die schnellste, billigste und direkteste Beurteilungsebene um endlich Klarheit über die Umsetzung von Unterrichtseinheiten, Motivation, Interaktion, Klassenklima und vieles mehr zu erhalten. Es ist angesichts des überall feststellbaren Interesses an Kritik nicht mehr nachvollziehbar, dass man Kinder nur als Konsumenten betrachtet, die alles schlucken müssen, ob es ihnen bekommt oder nicht, ohne sagen zu können, was ihnen nicht geschmeckt hat. Ein solches Restaurant würde ich, ehrlich gesagt, nie wieder betreten. Wenn dann die Abgefütterten den übervollen Hals bei „spickmich“ oder im „Schüler-VZ“ leeren, werden sie mit Klagen, Ordnungsmaßnahmen etc. überzogen. So lernt man keine Rückmeldekultur, die heute in jedem Unternehmen ein absolutes Elementarkönnen ist. Statt sich und die Kinder dieses Basiswissens zu berauben, sollten Lehrer das Instrument der Rückmeldung mit den Schülern einüben und ihnen aufzeigen, dass Veränderung nur möglich ist, wo vorher Handlungsbedarf festgestellt wurde. Und dabei bei sich selber anfangen. Dann gibt's auch „spick-mich“ bald nicht mehr.

Ihre

Christiane Staab

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Wiesenblick 6, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmier (ub), Anette Soppa (as), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: <http://www.neckar-verlag.de> – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Der Kuchen muss größer werden

Wie wir eine bessere Unterrichtsversorgung bekommen könnten

Bayern hat bereits angekündigt, mehrere hundert zusätzliche Gymnasiallehrer einzustellen, Hessen legt auch zu, und Rheinland-Pfalz und die Schweiz ziehen ebenfalls Lehrer aus dem Ländle ab. Eigentlich müssten in Baden-Württemberg die Alarmglocken läuten, denn was uns zum neuen Schuljahr drohen kann, ist ein leergefegter Markt mit kaum noch geeigneten Bewerbern.

Dabei sind die baden-württembergischen Schulen mit einem sicher nicht im Überfluss gesegnet: Lehrerstunden. Nicht nur in den naturwissenschaftlichen Mangelfächern klemmt es, auch in anderen Bereichen ist Ebbe, weil Lehrer nicht da und Vertretungen nicht möglich sind.

Die statistischen Stichproben zur Unterrichtsversorgung spiegeln längst nicht den schulischen Alltag wider. So werden beispielsweise die strukturellen Unterrichtsausfälle überhaupt nicht erfasst: Kann ein Fach wegen Lehrermangels in einer Klasse überhaupt nicht unterrichtet werden, taucht es in den Statistiken nicht auf. Zwar wird der Unterricht nicht gehalten, da er aber nicht auf dem Stundenplan steht, gilt er auch nicht als Stundenausfall.

Zum Abbau freigegeben

Versorgungsgrad 100 Prozent, das hört sich gut an, heißt aber noch lange nicht, dass alle Schulangebote tatsächlich möglich sind. Denn die 100 Prozent beziehen sich nur auf den Pflichtbereich. Der so genannte Ergänzungsbereich, der bis vor einem Jahr noch mit dem Faktor „bis zu 1,0“ (das entspricht einer zusätzlichen Wochenstunde pro Regelklasse) dazugerechnet wurde, ist mittlerweile ausgekoppelt und damit zum Abbau freigegeben. Früher lag dieser Faktor übrigens mal bei 2,0 und mehr. Dabei werden gerade im Ergänzungsbereich oft wichtige Angebote für Schüler gemacht, aber die scheint man sich im Kinderland nicht mehr leisten zu wollen.

In den Gymnasien hat sich durch die höhere Unterrichtsverpflichtung für G8 und Oberstufe ebenfalls ein höherer Bedarf ergeben, eine entsprechende Anpassung der Stellen hat allerdings nicht stattgefunden, stattdessen sammeln Lehrer Überstunden.

Zuviel abgezogen

In den vergangenen Jahren wurden zudem Lehrer und Lehrstellen für nichtunterrichtliche Zwecke aus den Schulen abgezogen. Hier einige Beispiele: Abordnungen für Fremdevaluation oder Lehrerausbildung, die Umverteilung der Mittel in Schulpsychologenstellen, Lehrerassistenten oder Jugendbegleiter. Sicher alles wichtige Aufgaben, nur hat man in den Schulen keinen ausreichenden Ersatz geschaffen. Wen wundert es also, wenn Unterricht ausfällt?

Doch im Kultusministerium kann man auch nur verteilen, was vorhanden ist. Der sprichwörtliche Kuchen ist zu klein, um alle ausreichend bedienen zu können. Kriegt der eine ein größeres Stück, muss es beim anderen abgeknappt werden.

Ein entscheidender Faktor bei der Lehrerversorgung der Schulen sind auch die politischen Vorgaben. Zwar redet die

Politik immer vom Schülerrückgang und rechtfertigt damit weniger Lehrerstellen, doch das sind Wunschvorstellungen. In den Gymnasien gehen die Schülerzahlen beispielsweise nicht zurück, und außerdem heißt Schülerrückgang nicht automatisch weniger Lehrerstellen. Dazu muss man sich schon die Anzahl der Klassen anschauen. Ein Beispiel: Bis an einer Schule aus drei Eingangsklassen (max. 99 Schüler) nur zwei Klassen (max. 66 Schüler) werden, reicht es nicht, dass sich 10% oder gar 20% weniger Schüler anmelden, sondern es müssen über 30% sein!

Rückläufige Zahlen als Chance sehen

Die Angst vor Überkapazitäten bei den Lehrerstellen ist ohnehin nicht verständlich, denn Aufgaben gibt es genug. Wer Bildung in Baden-Württemberg verbessern will, sollte frei werdende Spitzen eher als Chance sehen. Lange genug fordern Eltern wie Lehrerverbände kleinere Klassenteiler, mehr Lehrerstunden für eine echte Ganztagschule, in der die Bildung und nicht die Betreuung im Vordergrund steht, sowie ausreichend Krankheitsreserven.

Doch was kann man für eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung tun? In erster Linie Geld in die Hand nehmen und in Bildung investieren. Hier ist die Politik gefragt. Sparen ist sicher tugendhaft, doch es gibt durchaus Bereiche, in denen man Sparsamkeit später bitter bereut, weil man für deren Folgen dann doppelt und dreifach bezahlt. Der Bildungsbereich gehört hier zweifellos dazu (siehe auch die Berechnungen von Dr. Friedhelm Pfeiffer im Artikel „Was wäre, wenn das Land die Schulen schließt“).

Eine weitere Grundvoraussetzung für eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung ist aber auch eine realistische Schätzung der Übergangsquoten und der schulartspezifischen Schüler- und vor allem Klassenzahlen. Seit Jahren liegen die Schätzungen hier deutlich unter dem später tatsächlich notwendigen Bedarf.

Termine vorziehen

Die Lehrereinstellung müsste zeitlich früher erfolgen. Deputatsveränderungen (Pensionierungen, Abgänge in andere Bundesländer und ins Ausland, Erziehungsurlaub, Sabbatjahr, ...) liegen im Februar vor. Das könnte man durchaus auf einen Termin vor Weihnachten legen.

Wenn auch der Anmeldetermin für die neuen Schüler vorverlegt würde, müsste es möglich sein, dass noch vor den Osterferien alle wesentlichen „technischen“ Parameter der Lehrereinstellung für das kommende Schuljahr feststehen.

Um die Abwanderung in Nachbarländer zu verhindern oder einzudämmen, müssten sehr gute und gute Referendare und Seiteneinsteiger (ev. in Abhängigkeit ihrer Leistungsziffer) frühzeitig eine Einstellungszusage erhalten. Dazu wären ein früherer Abschluss und somit auch ein früherer Beginn des Referendariats nötig, aber eine um etwa einen Monat frühere Prüfung könnte die Situation vermutlich schon erleichtern.

Die Zahl der schulscharfen Stellen müsste deutlich höher sein und die Ausschreibung schulscharfer Stellen und das Hauptverfahren nach vorne gezogen werden. So könnten die

Referendare ggf. vor Ostern schon wissen, an welcher Schule sie eine Stelle antreten werden.

Schließlich kann man auch die jungen Assessoren zum 1.8. und nicht erst zum letzten Ferientag der Sommerferien einstellen, so wie das in den siebziger Jahren, als ebenfalls in vielen Fächern Lehrermangel war, der Fall gewesen ist.

Doch all dies kostet Geld. Billiger ist es freilich, Einstellungen bis zum letzten Drücker vorzunehmen. Aber dann muss man sich halt mit dem begnügen, was übrig ist, und das sind nicht unbedingt die Besten. Wen wundert es da, wenn manch ein Schulleiter trotz fehlender Lehrkräfte lieber verzichtet. Man-

gels Auswahlmöglichkeit jeden noch so schlechten Referendar zu übernehmen, bringt Schule sicher nicht weiter. Die so genannten „Wanderpokale“ der Berufsgruppe werden meist schnell zum Problem für Schüler, Eltern, Schule und sich selbst. Außerdem blockieren sie über lange Zeit hinweg Stellen, die von besser qualifizierten Lehrern übernommen werden könnten.

Wir brauchen eben nicht nur mehr Lehrer, wir brauchen mehr gute Lehrer, und eines ist ja bekannt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben...

SW

Was wäre, wenn das Land die Schulen schließt?

Dr. Friedhelm Pfeiffer zur Humankapitalbildung und Tochter Friedas Wünschen

Die Schülerzahlen gehen zurück, die digitale Interaktion nimmt zu, und die Diskussion um die Bedeutung der Familie für die Humankapitalbildung nagt an der Schule. Dennoch ist es müßig, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche ökonomischen Folgen zu erwarten wären, wenn Baden-Württemberg seine knapp 5.000 Schulen schließen würde. Immerhin unterstützt das Land die Schulbildung mit mehr als 7 Milliarden – insgesamt oder € 4.900,- pro Kind pro Jahr. In anderen Ländern scheint das aber nicht so selbstverständlich. So konnte man kürzlich in der NZZ lesen, dass in Kalifornien 10.000 Lehrer eine Kündigungsandrohung erhalten sollen.

Müßiggang ist bekanntlich aller Ökonomik Anfang, und so möchte ich mich mit etwas Muße und im Dialog mit Frieda, meiner neunjährigen Tochter, mit hypothetischen Konsequenzen beschäftigen. Für einen Ökonomen ist die Diskussion auch leichter. Frieda kann überall lernen, in der Familie, bei Freunden, im Internet, in der Schule und auch am Arbeitsplatz. Gute Bildung ist zudem knapp, wie die PISA Ergebnisse bestätigt haben. Gab es nicht schon immer zu wenig davon?

Für Frieda jedenfalls bestehen zunächst wenig Zweifel. Als sie herausfand, dass ich mir Gedanken über Schulen machen möchte, hat sie mir aufgetragen zu schreiben, dass die Schulen geschlossen werden sollen. Möglicherweise meinte sie sogar, dass dies geschieht, wenn ich das in ihrem Auftrag formuliere. Etwas später, nach Fertigstellung von ungeliebten Hausaufgaben, äußerte sie sich jedoch differenzierter. Frieda hat ein erhebliches Interesse daran, ihre Freundinnen zu treffen, Mensch, Natur und Gesellschaft zu verstehen und zu beeinflussen. Sie empfahl ihre Schule, die Woogbachschule in Speyer, als die beste Schule der Welt. Sie hätte auch gar nicht gemeint, dass die Schulen ganz geschlossen werden sollten. Besser wäre es jedoch, die Schule am Wochenende und in den Ferien zu öffnen, und während der Schulzeit zu schließen.

Ein Ökonom könnte daraus schließen, dass die Schule eine wichtige Funktion als Ort der Anbahnung und Pflege von Freundschaften mit Gleichaltrigen wahrnimmt und dass dies

die Lern- und Entdeckungslust der Kinder beflügelt. Insbesondere die Pädagogen in der Grundschule können dieses Feuer weiter anfachen. Auch in der Schule kommt es auf den Anfang an. Deren Beitrag zur Humankapitalbildung ist in den ersten Schuljahren hoch und sinkt dann allmählich.



Dr. Friedhelm Pfeiffer

Für ältere Jugendliche ist die Situation anders als für Frieda. In Baden-Württemberg gibt es fast 380 Tausend Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren. Von diesen werden sich einige freuen, wenn die Schulen geschlossen werden. Sie hätten dann mehr Zeit, könnten ihre eigenen Ziele verfolgen, sich selbstständig machen oder Geld verdienen. Das kann für die Humankapitalbildung förderlich sein. Immerhin erreichen Intelligenzquotienten im Alter zwischen 16 und 24 ihr Maximum.

Schulen müssen ihre Kompetenzen in einem vielfältigen Wettbewerb um knappe öffentliche und private Ressourcen behaupten. Helfen Schulpflicht, Zuteilung von Schülerinnen und Schülern, gegliedertes Schulsystem, einheitliche Lehrpläne und Zentralprüfungen die Fähigkeiten der 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler im Lande in dem Umfang zu verbessern, wie das sonst nicht möglich wäre? Oder würde ein Neuanfang mit 7 Milliarden mehr in den Händen von Eltern, Kindern und Pädagogen eine Kreativität entfalten, die diesen Schritt auch ökonomisch im Nachhinein rechtfertigen würde?

Die Humankapitalforschung lässt vermuten, dass für die Entwicklung von Unterschieden in den kognitiven Fähigkeiten (allgemeine Problemlösungsfähigkeit, Gedächtnisleistung, Informationsverarbeitung, Sprache...) die ersten zwei bis drei Lebensjahre (beginnend mit der Zeugung) entscheidend sind. Die nichtkognitiven Fähigkeiten, darunter Ausdauer, Mut, Objektpermanenz, Selbstdisziplin, und Selbstregulation können im Vergleich dazu stärker über den Lebenszyklus entwickelt werden. Eine nur durchschnittliche Intelligenz kann im Schul- und Berufsleben beispielsweise durch Ausdauer und Mut kompensiert werden.

In der zentralen Phase des Aufbaus der Kapazität menschlicher Fähigkeiten (des Humankapitals), den ersten drei Jahren, sind die Erwachsenen, die sich um das Kind kümmern,